

Zweitwohnungen zählen bald nicht mehr

Geld Zuweisungen für Gemeinden werden anders berechnet. Tourismuskommunen fürchten, dass es weniger Geld vom Staat gibt

Von Sibylle Mettler

Oberallgäu/Kempten Etliche Gemeinden mit vielen Zweitwohnungen haben derzeit die paradoxe Situation, dass die Schlüsselzuweisungen rein rechnerisch gleichzeitig sinken und steigen. Das liegt daran, dass man die Berechnungsgrundlage verändert hat - was die Zuweisungen schmälert - und daran, dass es insgesamt mehr zu verteilen gibt - was sie unterm Strich steigen lässt.

Oberstaufens Kämmerer Manfred Fink erklärt, um was es geht: Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen spielt die Einwohnerzahl eine Rolle. Jahrelang sind dabei alle Einwohner berücksichtigt worden - auch die, die mit Zweitwohnsitz gemeldet sind. Das wurde vor einigen Jahren auf politischen Druck von Kommunen mit wenig Nebenwohnsitzen gekippt. Heraus kam laut Fink ein Kompromiss: 2015 wurden noch 80 Prozent, 2016 bis 2018 noch 72 Prozent Nebenwohnsitze berücksichtigt, 2019 werden es noch 48 Prozent sein, dann zählen stufenweise bis 2025 nur noch die Erstwohnsitze. Das treffe vor allem Tourismuskommunen mit vielen Zweitwohnungen wie Oberstaufen. Dort sind laut Fink zurzeit etwa 7500 Menschen mit Haupt- und 2700 Personen mit Nebenwohnsitz gemeldet. Damit liege die Gemeinde im Oberallgäu an der Spitze. Würden wie früher alle Wohnsitze gezählt, hätte Oberstaufen rein rechnerisch rund 600 000 Euro mehr bekommen, hat Fink errechnet.

Sorgen um die Zukunft

Dennoch will Kämmerer Fink in diesem Jahr nicht jammern. Wie Allgäuer Abgeordnete mitteilen, gab es in diesem Jahr insgesamt mehr Geld zu verteilen als 2017. Das führt dazu, dass die meisten Gemeinden mehr Schlüsselzuweisungen erhalten, obwohl weniger Zweitwohnsitze berücksichtigt wurden. So auch in Oberstdorf, wo laut Kämmerer Wolfgang Ländle rund 9700 Menschen mit Erst- und 1800 mit Zweitwohnsitz gemeldet sind. "Ich mache mir viel mehr Sorgen um die Zukunft", betont Ländle. Wenn 2025 gar keine Nebenwohnsitze mehr berücksichtigt werden, "dann tut's weh", sagt er. Ersatzweise könnten Kommunen die Zweitwohnungssteuer erhöhen, werde politisch argumentiert. "Aber ob man diesen Weg gehen kann, ist offen", betont Ländle.

Auch Weitnaus und Missen-Wilhams Kämmerer Thomas Klöpf sieht das Problem nicht so sehr in diesem Jahr. Dass Missen-Wilhams weniger Zuweisungen erhalten hat, liege daran, dass die Gemeinde vor zwei Jahren selbst gute Steuereinnahmen hatte. Sorge macht er sich um die Zukunft. Wenn die Konjunktur schlechter werde und die Zweitwohnsitze nicht mehr berücksichtigt werden, breche den Kommunen ein Teil ihrer Finanzierung weg. "Das wird sich in den nächsten Jahren noch rächen", ist Klöpf sich sicher.

Artikel-ID: srv0000044510385 | Quelle: AZ | Erscheinungstag: 26.01.2018 | Seite: 28 | archives.*.ORGAUSGABE: B-KE | Datum: 20180126 | Eingangszeit: 034818 | DCID: 1230813337 | Zeitung: AZ | Ausgabe: B-KE | Ressort: LOK |